

Pensionskassen nutzen ihre Macht zaghaft

ANLAGESTRATEGIE

Schweizer Pensionskassen intervenieren immer stärker bei Unternehmen, in die sie investieren. Nicht direkt, sondern über eine Anlagestiftung wie Ethos.

CLAUDIA GNEHM

Es ist undenkbar, dass die Pensionskasse (PK) der Stadt Zürich an der Novartis-Generalversammlung selber gegen die Wiederwahl von Hans-Jörg Rudloff, Leiter des VR-Vergütungsausschusses, votiert hätte. Trotz gewaltigem Anlagevermögen in Schweizer Aktien und breitem Missfallen ihrer Versicherten an den Lohnexzessen und Doppelmandaten fallen die hiesigen Pensionskassen nicht durch Aktionäraktivismus auf.

Neu ist jedoch, dass die Pensionskassen über spezifische Corporate-Governance-Fragen für sich abstimmen lassen. So traten die Pensionskasse Stadt Zürich wie auch die Versicherungskasse für das Staatspersonal des Kantons St. Gallen ihre Stimmen an die Stiftung Ethos ab, welche an der Novartis-Generalversammlung im März 2007 an ihrer Stelle gegen Rudloffs Wiederwahl votierte.

Neben den direkten Interventionen an Generalversammlungen führt die Stiftung Ethos auf Mandatsbasis im Corporate Governance-, Umwelt- und Sozialbereich den direkten Dialog mit Schweizer Börsenunternehmen. Beauftragende sind derzeit die Pensionskassen von Basel Stadt, Zürich und Genf sowie Caritas.

US-Pensionskassen sind agiler

Dass Pensionskassen anstatt indirekt via GV auch frontal intervenieren können, hat ABB in den USA erlebt. So hat der US-Staat Illinois als erster seine Pensionskassen-Investitionen in Firmen, die im Sudan tätig sind, zurückgezogen. Von der Devestition betroffen war auch ABB, wie die «Handelszeitung» im November 2006 berichtete. Illinois ist einer von sechs US-Staaten, die in den vergangenen Monaten Gesetze erlassen haben, um ihren staatlichen Pensionskassenfonds die Beteiligung an im Sudan tätigen Firmen zu verbieten. Die ABB hat Konsequenzen gezogen: Ihre Geschäftsaktivitäten im Sudan hat sie Anfang Jahr wegen politischer und wirtschaftlicher Risiken eingestellt.

Ebensfalls von Devestitionen bedroht ist der erfolgreiche US-Investor Warren Buffett und seine Beteiligungsgesellschaft Berkshire Hathaway. Weil sie an PetroChina beteiligt ist, welche in die Ölförderung im Sudan involviert ist, drohten die Pensionskassen des Staates Texas mit der Devestition von knapp 1 Mrd Dollar.